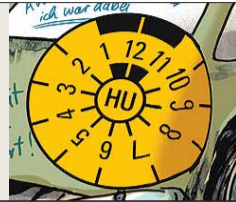




**Spiele statt Brot**  
Die deutsche Sportförderung taugt nichts | Seite 28



**Note: Mangelhaft**  
Der TÜV für deutsche Unis ist gescheitert | Seite 15

**Straßentheater**  
Die spektakulärsten Strecken für Dienstreisen im Auto | Seite 31



**KOLUMNE: DIE ANGST VOR EINER PLEITE GRIECHENLANDS HAT GROTESKE ZÜGE ANGENOMMEN, SCHREIBT THOMAS FRICKE | SEITE 26**

## EU-Parlament schmettert Swift-Plan ab

Abgeordnete schützen Bankdaten vor Washington

VON CLAU HECKING, STRASSBURG

Mit der Ablehnung des Bankdatenabkommens Swift hat das Europäische Parlament seine neue Macht unter Beweis gestellt. Die Straßburger Abgeordneten kippten am Donnerstag mit deutlicher Mehrheit die umstrittene Swift-Vereinbarung. Sie hätte US-Terrorfahrern erlaubt, neun Monate lang beim belgischen Finanzdienstleister Swift im großen Stil Daten aus der EU und der gesamten Welt abzufragen.

„Die US-Diplomatie ist den Gepflogenheiten von Gulliver gefolgt und dachte, man könnte mit dem EU-Parlament wie mit einem Zwergenverein umgehen“, sagte der sozialdemokratische Fraktionschef Martin Schulz. Das sei aber ein Irrtum. Die US-Botschaft in Brüssel nannte die Entscheidung einen „Rückschlag für den gemeinsamen Terrorkampf von USA und EU“.

### Druck der USA widerstanden

Washington hatte in den vergangenen Tagen mit allen Mitteln versucht, das Veto der Abgeordneten zu verhindern. Außenministerin Hillary Clinton intervenierte persönlich bei Parlamentschef Jerzy Buzek und EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton. US-Vertreter drohten Brüssel sogar mit einem Abbruch aller Verhandlungen über ein endgültiges Abkommen.

Davon unbeeindruckt wies das Parlament Swift mit 378 zu 196 Stimmen ab. Zuvor hatte eine hauchdünne Mehrheit von Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Linken einen Vertragsantrag der Christdemokraten abgelehnt. Ausschlaggebend war neben Datenschutzbedenken die Sorge, dass sich betroffene Bankkunden nicht vor amerikanischen Gerichten wehren könnten.

Mit ihrem Votum erzwingen die Parlamentarier Neuverhandlungen „auf Augenhöhe“ mit Washington und den anderen EU-Organen, wie es der liberale Innenexperte Alexander Alvaro ausdrückte. Das Parlament genießt seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags vor drei Monaten weitreichende Mitspracherechte bei Fragen von Justiz und innerer Sicherheit.

### Neue Verhandlungen

Innenkommissarin Cecilia Malmström kündigte bereits für die nächsten Wochen Gespräche mit den USA über ein neues, dauerhaftes Abkommen an. Bis dahin wird Swift Bankdaten nur in eng begrenzten Fällen im Rahmen eines Rechtsbeihilfeabkommens an US-Ermittler herausgeben.

Der sozialdemokratische Fraktionschef Martin Schulz sagte, Washington habe kaum eine Wahl, als sich auf Verhandlungen einzulassen. „Die USA haben schon einmal versucht, über Swift bilateral mit Belgien zu verhandeln. Und dabei sind sie gescheitert.“

Abgeordnete sprachen nach dem Votum von einer Gewichtsverschiebung innerhalb der EU. „Ich bin nun sehr zuversichtlich, dass das Europäische Parlament die führende Rolle unter den Institutionen in Europa übernehmen wird“, sagte der Sozialdemokrat Schulz. Die Grünen sprachen von einer „Kehrtwende für Demokratie und Grundrechte in der EU“.

**EUROPAS HELD** | Seite 13  
**KOMMENTAR** | Seite 27

## Euro-Zone erklärt Bündnisfall

Regierungen geben Garantie für Pleitestaaten ab · Kein Beschluss zu Griechenland-Hilfen



Durch dick und dünn: EZB-Präsident Trichet, Kanzlerin Merkel, Kommissionschef Barroso, Premier Papandreou, Ratspräsident Van Rompuy und Präsident Sarkozy (v. l.)

VON PETER EHRLICH, BRÜSSEL, MAREIKE SCHEFFER, FRANKFURT, UND JENS TARTLER, BERLIN

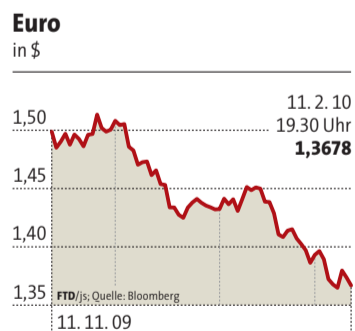
Die Staaten der Euro-Zone wollen die gemeinsame Währung um jeden Preis verteidigen. Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU versprachen am Donnerstag ein „entschlossenes und koordiniertes Handeln“, sollte die Stabilität der Euro-Zone bedroht sein. Damit gaben sie eine Garantie ab, bei einer drohenden Pleite Griechenlands oder eines anderen Euro-Lands mit Nothilfen einzuspringen.

Kein Beschluss fiel zu konkreten Hilfsmaßnahmen für den Mittelmeerstaat. Die Finanzminister der Euro-Zone hatten in den vergangenen Tagen an einem Rettungspaket gearbeitet. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verglich die Zusage an Griechenland aber mit der deutschen Garantie für alle Sparkonten vom Jahr 2008. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sprach von einem „starken und präzisen Signal an die Finanzmärkte“.

Die EU-Staaten wollen den Druck auf Griechenland damit aufrechterhalten und gleichzeitig die Märkte beruhigen. Letzteres gelang nur teilweise: Enttäuschte An-

leger strafen den Euro ab, die Währung stürzte zeitweise unter 1,36 \$. „Die Anleger hatten mit konkreten Hinweisen zum Rettungsplan für Griechenland gerechnet“, sagte Mario Mattera, Analyst vom Bankhaus Metzler. Ein Devisenhändler sagte: „Viele Marktteilnehmer fürchten nun, dass mit der Hilfe für Griechenland ein Präzedenzfall geschaffen wird und die Rettung weiterer Staaten den Euro noch stärker belastet.“

Griechenlands Regierungschef Giorgos Papandreou sprach von einer „glasklaren Botschaft an die Märkte, die jeden Spekulanten warnen“. Der Politiker sagte erneut zu, das griechische Haushaltsdefizit 2010 um vier Prozentpunkte auf 8,7 Prozent zu verringern. Wenn



## Etwas muffig im Abgang

Tomatensaft gehört zum Fliegen wie Bordkarte und Sicherheitsgurt. Warum, haben jetzt Forscher des Fraunhofer-Instituts herausgefunden

JENNIFER LACHMAN

Was wurde nicht schon alles spekuliert. Tomatensaft helfe gegen Übelkeit beim Fliegen. Das Würzen, Rühren, Nippen, Rühren vertreibt die Langeweile an Bord. Früher wurde gar gemutmaßt, mit dem sonst nur selten getrunkenen Gemüsesaft werde gern auf das besondere Ereignis Fliegen angestoßen.

Nichts als Vermutungen. Doch endlich gibt es jetzt eine harte wissenschaftliche Erklärung. Seit über zwei Jahren untersuchen Forscher des Fraunhofer-Instituts im Auftrag der Lufthansa, wie sich die Geruchs- und Geschmackssinne bei den niedrigeren Druckverhältnissen in der Kabine verändern. Und für das Phänomen Tomatensaft lautet die Lösung

der Wissenschaftler schlicht: Über den Wolken schmeckt Tomatensaft einfach besser.

Versuchspersonen, die den Saft bei normalen Druckverhältnissen als „muffig“ verschmähten, bemerkten plötzlich „angenehm fruchtige Gerüche und süße, kühlende Geschmackseindrücke“, berichtet die Aromachemikerin Andrea Burdack-Freitag der Wochenzeitung „Die Zeit“. Der Grund: In 10 000 Metern Höhe herrscht in der Kabine ein Luftdruck wie auf einem 2500 bis 3000 Meter hohen Berg. Während die Fruchtnoten des Saftes bei Normaldruck maskiert werden, werden sie auf Flughöhe freigesetzt – und verhelfen dem Saft so zu ungewohnter Popularität.

1,7 Millionen Liter schenkt allein die Lufthansa jedes Jahr aus. Rein rechnerisch lässt sich damit jeder siebte Fluggast einen Plastikbecher mit dem sonst von vielen verschmähten Saft reichen. Insgesamt werden drei bis fünf Prozent des Gesamtabsatzes im Flugzeug konsumiert, hat der Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie errechnet. Bei Orangensaft liegt dieser Anteil bei 0,4 Prozent.

Die Lufthansa ist über die Ergebnisse der Versuchsreihen „begeistert“, wie eine Sprecherin sagt: Zwar haben die Manager schon länger vermutet, dass etwa Salze in der Höhe deutlich fader schmecken – und ihre Köche und Caterer entsprechend zum Nachwürzen angewiesen. Nun aber verfüge die Fluglinie über wissenschaftlich fundierte Handlungsleitlinien, „die es uns ermöglichen, aus Sicht der Passagiere noch schmackhaftere Speisen und Getränke an Bord anzubieten“, so die Sprecherin. Für die Lufthansa ist das mehr als ein reiner Servicegedanke: Angesichts eines milliardenschweren Sparprogramms muss die Fluggesellschaft zusehen, dass sie sich auch künftig von billigeren Konkurrenten abhebt.

Statistisch signifikant seien die Erkenntnisse schon, betont Burdack-Freitag. Als Humbug will die Forscherin all die anderen Theorien aber nicht abtun: „Ich bin mir 100-prozentig sicher, dass es bei vielen Fluggästen keine Frage des Geschmacks ist – sondern eher mit Tradition oder Lifestyle zu tun hat.“ Auf psychologische Tests hat sie allerdings verzichtet.

## Schlappe für Infineon-Rebellen

Die meuernden Investoren sind mit ihrem Aufstand gegen die Unternehmensspitze gescheitert. Der vom britischen Hermes-Fonds nominierte Gegenkandidat **Willi Berchtold** fiel am Donnerstag bei der Wahl zum Aufsichtsrat mit deutlicher Mehrheit durch. Dagegen wurde der Konzernfavorit Klaus Wucherer mit 72,5 Prozent Zustimmung in das Kontrollgremium gewählt, wo seine Wahl zum Vorsitzenden angebahnt war.



BERICHT | Seite 3

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE 20:00 UHR

Dax	-0,6%	Dow Jones	+1,1%	€ in \$	-0,0054
	<b>5504</b>		<b>10148</b>		<b>1,3683</b>
Euro Stoxx 50	-0,7%	Nasdaq	+1,3%	Nikkei	+0,3%
	<b>2680</b>		<b>2176</b>		<b>9964</b>
10J Bund	+0,036	10J US-T	+0,037	Brent Oil	+0,81
	<b>3,234</b>		<b>3,727</b>		<b>73,35</b>

Schlusskurse oder Stand: 19:30 Uhr MESZ, Veränderungen zum Vortag \*\$/Barrel

## LEITARTIKEL: GRIECHENLAND

### Gefährlicher Präzedenzfall

Es klingt nach starken Worten, was die EU-Staats- und Regierungschefs da von sich gegeben haben: Zuerst müsse Griechenland es aus eigener Kraft hinbekommen, sein bedrohliches Defizit abzubauen – im Notfall aber werde Europa natürlich einschreiten.

Dieses unkonkrete Garantieverprechen ist aus zwei Gründen problematisch. Zum einen nimmt es Griechenland den Druck, sein Schuldenproblem wieder in den Griff zu bekommen. Zum anderen beruhigt es die Marktteilnehmer wohl eher kurzfristig, dass die Solvenz der schwächeren Mitglieder der Euro-Zone gesichert ist.

Im schlimmsten Fall passiert Folgendes: Spanien, Italiener und Portugiesen deuten die Ausrufung des Bündnisfalls der EU als Versprechen, dass Europa auch ihnen beistehen wird. Die Märkte dagegen sind sich da nicht so sicher und verstehen die Situation als Einladung, gegen die Euro-Zone zu spekulieren.

Aus dieser Lage muss die Europäische Union schnellst möglich herauskommen. Auch wenn Länder wie Deutschland zu Recht darauf dringen, dass die Griechen sich selbst sanieren müssen, und die eigene Bevölkerung wenig Verständnis für Milliardenhilfen hätte: Fallen lassen kann die EU das Land nicht. Zu leicht kann die griechische Krankheit sich auf andere Mitgliedsstaaten ausbreiten und die gesamte Währungsunion bedrohen.

Wollen die Staatschefs ernst genommen werden, müssen sie sagen, wie sie dem Land konkret aus der Schuldenfalle helfen wollen. Kurzfristig ginge das etwa über bilaterale Kredite oder Bürgschaften für griechische Staatsanleihen – das sichert die Investoren ab und zwingt Athen eher zum Sparen. Denn solche Hilfen können theoretisch entzogen und dadurch eher mit klaren Sanktionsmöglichkeiten verbunden werden, etwa Eingriffsrechten in die Finanzpolitik.

Zudem müssen die Mitgliedsstaaten weiteren Notfällen vorbeugen. Der Maastricht-Vertrag sieht keinerlei Finanzhilfen für angeschlagene Länder vor. Diese Regeln hat die EU klar gebrochen, nun muss sie etwas Neues an ihre Stelle setzen. Denkbar ist da vieles, zum Beispiel eine Art Europäischer Währungsfonds nach Vorbild des IWF. Wenn von vornherein klar ist, unter welchen Bedingungen die EU eingreift, diszipliniert das die Mitglieder der Währungsunion und beugt Spekulationen gegen sie vor. Und die Märkte beruhigt es eher als Placeboaussagen, deren Wirkung unsicher ist.

**WEITERE LEITARTIKEL UND KOMMENTARE** | Seite 26, 27

NAMEN- UND FIRMAN-INDEX SEITE 2

Schweiz 4,20 sfr · Österreich 2,60 €  
Belgien 2,60 € · Luxemburg 2,60 €



Abonnentenservice 0800-0808182 Anruf kostenlos